

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.—Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10 Spalten, Kolonellselle 25 Pfg., bei Platzvorkauf 40 Pfg. Stellenangebote 10 Spalten, Kolonellselle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privaten die 10 Spalten, Kolonellselle mit 50% Nachsch. Reklameselle 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10 Spalten, Kolonellselle 40 Pfg. bei Platzvorkauf 50 Pfg., Reklameselle 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Preußen und der Korridor

Otto Braun zum Ostproblem

SPD. Königsberg, 24. November.

Der preussische Ministerpräsident Dr. Otto Braun wollte am Montag anlässlich der feierlichen Grundsteinlegung zu dem Neubau der Königsberger Handelshochschule und der Verleihung des Promotionsrechtes in Königsberg, auf seine Ernennung zum Ehren doktor der Handelshochschule erwiderte Braun mit einer Rede, der wir folgendes entnehmen:

190 000 Studenten besuchen zur Zeit die deutschen Hochschulen. Bei dieser Ueberproduktion, der nur geringe Existenzmöglichkeiten gegenüberstehen, liegt nicht zuletzt die Quelle jenes Zustandes der Verzweiflung, die auch weite Kreise unserer akademischen Jugend ergriffen und einem destruktiven Radikalismus in die Arme getrieben hat. Die betrüblichen Vorkommnisse an verschiedenen Hochschulen sollten nicht zu einem Scheitern auf die durch die Zeitumstände in geistige Wirris geratene jungen Menschen führen.

Es ist unsere Aufgabe und vor allem auch eine der vornehmsten Aufgabe der akademischen Lehrkörper, den jungen Menschen den Weg aus der geistigen Wirris unserer Tage zur bitteren Wahrheit und Klarheit zu zeigen. Bei allem Verständnis für Tradition und Vergangenheit muß der Blick der Jugend doch in die Zukunft gerichtet werden. Das Allgemeinwohl und das Allgemeininteresse soll ihnen nicht minder leuchten sein, wie das eigene Interesse.

Otto Braun verwies dann auf die Bedeutung der Königsberger Handelshochschule als Kulturzentrum des Ostens und er-

klärte: Niemand wird dem polnischen Volk sein Recht auf staatliches Eigenleben bestreiten. Aber so wenig ich das an der polnischen Nation verlebte Unrecht früherer Zeiten gebilligt habe, ebensowenig kann ich es billigen, daß dieses Volk sein staatliches Dasein auf einem Unrecht gegen ein anderes, das deutsche Volk, aufbaut. Ich bestreite nicht das Interesse Polens an einem Ausgang zum Meer, aber wie er dem neuen tschechischen Staat durch Elbe und Hamburg gesichert wurde, konnte er Polen auch durch Weichsel und Danzig eröffnet werden,

ohne daß Ostpreußen vom Mutterland losgerissen und hunderttausende deutscher Volksgenossen ohne Befragung unter fremde Staatshoheit gepreßt, wo sie jetzt schlimmstem Terror ausgelegt sind,

oder gar aus ihrer Heimat verdrängt wurden. Gegen dieses Unrecht werden wir immer protestieren. Die gewaltam durchgeführte ungerechte neue Grenzziehung werden wir niemals als berechtigt anerkennen. Sie wird immer einen Stachel im deutschen Volkskörper bilden und einer wahren Befriedigung Europas hindernd im Wege stehen.

Gleichwohl dürfen wir uns nicht in Protesten erschöpfen, sondern müssen mit dem durch Siegerlaune geschaffenen Zustand als Tatsache rechnen. Das gilt besonders für die östlichen Wirtschaftsführer in Handel und Industrie, die hier vor die überaus schwierige Aufgabe gestellt sind, neue Wege für eine beiderseitig befruchtende wirtschaftliche Zusammenarbeit zu suchen und zu finden.

Geschlossenheit über alles!

Zwei wichtige Parteibeschlüsse

Wie an anderer Stelle berichtet wird, hat am Montag der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei von Groß-Berlin gemeinsam mit den zuständigen Kreisleitern den Beschluß gefaßt, die „Jungsozialistische Vereinigung“ im Bezirk Berlin aufzulösen. Die Ursache für diesen Beschluß bildeten Vorgänge, die sich am vergangenen Freitag, anlässlich einer Massenkundgebung der Sozialdemokratischen Partei, in der großen Autohalle am Kaiserdamm ereignet hatten. Als Redner fungierten u. a. Genosse Fritz Adler, der englische Genosse Hids und Modigliani (Italien). Für die deutsche Sozialdemokratie sprach Otto Wels.

Während des Aufmarsches in der Autohalle und zu Beginn der Veranstaltung war es zwischen dem Reichsbanner und einem „Jungproletarischen Ordnungsdienst“ zu Zusammenstößen gekommen. Wir berichteten darüber kurz in der Nummer vom 22. November und teilten mit, daß die Störungen auf Jungkommunisten zurückzuführen seien. Durch den Beschluß der Berliner Bezirksorganisation hat sich herausgestellt, daß die „Jungsozialistische Vereinigung“ daran beteiligt gewesen ist. Ueber die Vorgänge, die dem Beschluß der Berliner Bezirksorganisation zugrunde liegen, berichtete der „Vorwärts“ am Sonnabendmorgen das folgende:

Vom Parteivorstandenden Franz Künstler war das Reichsbanner zum Saalshuß bestellt. Die Reichsbannerformationen sammelten sich vor der Halle, und dort wurde auch genau eingeteilt, welche Funktionen die einzelnen Ortsvereine übernehmen sollten. Im „Vorwärts“ zur Halle stand ein Trupp des „Jungproletarischen Ordnungsdienstes“, aus dessen Mitte die einmarschierenden Reichsbannerkameraden angepöbelt wurden. Das Reichsbanner ließ sich nicht stören und übernahm seine Funktion. Plötzlich marschierte ein Trupp dieses Ordnungsdienstes geschlossen in den Saal und machte sich gleichfalls, ohne dazu beauftragt zu sein, Ordnerfunktionen an. Auch hierbei wurden plötzlich pöbelhafte Zwischenrufe laut, die zunächst vom Reichsbanner nicht beantwortet wurden. Die Reichsbannerkameraden selbst merkten aber bald, daß die Führer dieses Trupps, der in den Saal zog, völlig unbekannt waren und auch der größte Teil der Mitglieder. In der einen Ecke des Saales entstand auch bald eine Schlägerei und es zeigte sich deutlich, daß die in den Saal Einmarschierenden mit provokatorischen Absichten gegen das Reichsbanner vorging. Es erwies sich auch bald, daß der größte Teil dieses Trupps zwar die Fahle der SA trug, aber wohl sicher aus dem kommunistischen Lager stammten. Das Reichsbanner hatte sich zunächst zurückgezogen, um Streitigkeiten zu vermeiden, zog dann aber nach einer Aufforderung des Genossen Künstler geschlossen in den Saal. An der Spitze des Reichsbanners marschierte demonstrativ der Parteivorstandende Otto Wels. Das Reichsbanner wurde stürmisch begrüßt. Im hinteren Teil des Saales kam es dann zweimal zu Störungen, und zwar auch wieder aus den Kreisen, die sicher nicht weit von der kommunistischen Jugend zu suchen sind. Der „Ordnerdienst“ zog dann geschlossen aus dem Saal und danach konnte die Versammlung mit großer Ruhe fortgesetzt werden.

In seiner Rede ging Genosse Wels auf diese Vorgänge ein. Er legte dar, daß die Schlussworte des kommunistischen Manifestes lauten: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ Nicht aber heißt es: „Proletarier aller Länder, prügelt, verleiendet und bekämpft euch!“ Wels erklärte sodann mit besonderer Betonung, nach dem Bericht des „Vorwärts“:

„Reichsbanner und Sozialdemokratische Partei sind untrennbar miteinander verbunden (Stürmische Jubel). Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold besitzt das starke Vertrauen der Gesamtpartei. (Neuer, nicht endenwollender Beifall und Handklatschen.)

Im Gegensatz zu diesen Auffassungen von Otto Wels brachte dann das „Berliner Tageblatt“ eine Darstellung über diese Vorgänge. Es beschuldigte insbesondere den Genossen Künstler, daß er, im Gegensatz zu den Auffassungen von Otto Wels über das Verhältnis zwischen Reichsbanner und Sozialdemokratie, an den Vorgängen in der Autohalle nicht unschuldig sei. Das rief den Berliner Bezirksvorstand erneut auf den Plan. Am Sonntagmorgen brachte der „Vorwärts“ eine offizielle Erklärung des Berliner Bezirksvorstandes, in der es heißt:

„Im Oktober wurde auf Vorschlag des Bezirksvorstandes von einer Versammlung der Kreis- und Abteilungsleiter mit rund 500 gegen 5 Stimmen beschlossen, daß ein Ausbau des Ordnungsdienstes nur im Einverständnis mit den Kreis- und Abteilungsleitungen vorgenommen werden dürfe und daß die Sozialdemokratische Partei Berlins das Reichsbanner unterstütze. Diese klare, gegen jede Sonderbündelung sich richtende Beschluß wurde vom Genossen Künstler aufs nachdrücklichste unterstützt. Somit ist es auch falsch, daß nur die Gesamtpartei am Reichsbanner festhält, die Berliner Partei aber eine Konkurrenzorganisation zu bilden versucht. Die Berliner Partei nimmt in dieser Angelegenheit keine andere Stellung ein als die Gesamtpartei. Genosse Künstler hat auch nicht den Aufmarsch des sogenannten „Jungproletarischen Ordnungsdienstes“ gebilligt, sondern diesem im Gegenteil unterlag, irgendwelche Ordnerdienste auszuüben.“

Aus diesen Darstellungen geht hervor, daß dem Berliner Bezirksvorstand, insbesondere dem Genossen Künstler, die Schuld für die Vorgänge in der Autohalle nicht beigemessen werden kann. Im Gegenteil, die Erklärung des Berliner Bezirksvorstandes unterstreicht die Auffassungen, die Otto Wels in seiner Rede über das Verhältnis zwischen Sozialdemokra-

Finanzreform mit Artikel 48?

Die Besprechungen mit den Parteiführern

SPD. Berlin, 25. November.

In Anbetracht der bevorstehenden Besprechungen zwischen dem Reichszugler und den Führern der in der Regierung vertretenen Parteien weist die Volkszeitung heute darauf hin, daß das Sanierungsprogramm des Kabinetts nicht als einfache Vorlage, sondern als Notverordnung vor den Reichstag gebracht werde, falls sich im Verlauf der Besprechungen ergebe, daß die parlamentarischen Verhandlungen durch die Gegenfähigkeit der Parteiwünsche das Sanierungsprogramm gefährden könnten.

Reichszugler Dr. Brüning empfing am Montag in Gegenwart des Reichsfinanzministers Dietrich die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Abgeordneten Müller, Franke, Dr. Heitsch, Dr. Hilferding und Dr. Herz zur Information über die Finanzvorlagen der Reichsregierung. Die Besprechungen dauerten mehrere Stunden. Bei den Erörterungen wurden auch die Abänderungswünsche der Sozialdemokraten zu den Notverordnungen eingehend besprochen. Die Verhandlungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Was Bethlen in Berlin wollte

Ungenügende Berichterstattung

SPD. Berlin, 25. November.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen hat Berlin am Montag nach dreitägigem Besuch verlassen und ist nach Budapest zurückgekehrt.

Amlich wird mitgeteilt: Der Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten hat Gelegenheit zu eingehendem Gedankenaustausch des Reichszuglers und des Reichsministers des Auswärtigen mit Graf Bethlen und den Herren seiner Begleitung geboten. Hierbei wurde die gesamte politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der Deutschland und Ungarn gemeinsam betreffenden Fragen und Interessen erörtert. In den Besprechungen wurde die volle Ueber einstimmung in der Beurteilung aller dieser Fragen und mit besonderer Befriedigung das Fortbestehen der auf gemeinsamem Schicksal, auf gleich gerichteten politischen Zielen und auf enger kultureller Verbundenheit selbstbegründeten freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern festgestellt.

Eine wichtige Rolle spielten in den Unterhaltungen zwischen den deutschen und den ungarischen Staatsmännern die wirtschaftlichen Probleme der beiden Länder im Rahmen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Es wurden in allgemeinen Linien die verschiedenen Möglichkeiten für eine Besserung des wechselseitigen Güterauslaufes erörtert. Als Ergebnis dieser Besprechungen wurde verabredet, die Verhandlungen für den Abschluß eines Handelsvertrages Ende Februar oder Anfang März 1931 aufzunehmen.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses

In Anbetracht der Vorgänge in Polen hat der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses den Ausschuß für Anfang nächster Woche einberufen.

Endergebnis der polnischen Senatswahlen

WTS. Warschau, 24. November.

Die Senatswahlen haben, wie allgemein erwartet wurde, dem Regierungsblok eine große Mehrheit gebracht, der sich auch diesmal wiederum im ukrainischen und weißrussischen Osten des Landes zahlreiche Mandate gesichert hat. Hingegen haben die Nationaldemokraten im Westen, ebenso wie bei den Senatswahlen, gewisse Erfolge zu verzeichnen. Ukrainer und Weißrussen werden im neuen Senat nur über vier Sitze verfügen gegenüber 13, die sie im vorigen Senat besaßen. Die Juden konnten überhaupt kein Mandat erringen gegenüber 6 im

Faschisten ehren Litwinow

Bolschewist wird als Freund der Faschisten gefeiert

SPD. Mailand, 25. November.

Der sowjetrussische Volkskommissar des Außeren, Litwinow, traf am Montagabend in Mailand ein, wo er mit dem italienischen Minister des Außeren, Grandi, eine Unterredung hatte. Amlich wird über den Verlauf der Unterredung mitgeteilt, daß die beiden Staatsmänner ihre Meinungen über die politischen und wirtschaftlichen Fragen austauschten, die die beiden Länder interessierten und über die Entwicklung ihrer Beziehungen.

Nach Schluß der Unterredung gaben die Faschisten zu Ehren des Bolschewisten ein großes Staatsbankett, an dem sämtliche leitenden faschistischen Persönlichkeiten aus Mailand und Umgebung teilnahmen und auf dem der Faschist Grandi den Bolschewisten Litwinow als Freund Italiens feierte.

vorigen Senat, so daß sich die Vertretung der Minderheiten Polens auf sieben Senatsitze der Deutschen und Ukrainer verringert, gegenüber insgesamt 24 Mandaten im vorigen Senat. Das Wahlergebnis zum Senat lautet somit folgendermaßen:

Regierungsblok 78 (früher 46), Zentralliste 14 (31), Nationaldemokraten 12 (9), Ukrainer 4 (13), Deutsche 3 (5), Korfanti-gruppe 2 (1), Juden 0 (6).

Wie die Sozialdemokraten, die im alten Senat über 10 Sitze verfügten, bei den Wahlen abgeschnitten haben, ist aus den vorliegenden Meldungen noch nicht zu ersehen.

Seipels Rettungsplan

SPD. Wien, 24. November.

Seipel überreichte der Öffentlichkeit am Montagabend einen Vorschlag, nach dem die drei nichtsozialistischen Parteien, Christlichsoziale, Schöber-Bund und Heimatbund, sich zu einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft in Form einer geschlossenen Fraktion zusammenfänden und dann als stärkste Fraktion auch alle parlamentarischen Stellen besetzen, d. h. den Präsidenten des Nationalrats stellen und auch die Regierung bilden sollten. Nach außen hin hätten die drei Parteien geschlossen aufzutreten, nach innen sollten sie ihre Selbstständigkeit haben. Der Vorschlag dürfte von dem Schöber-Bund kaum angenommen werden.

Der Nationalrat ist für den 2. Dezember einberufen worden.

A-Lesehalle